

Pressemitteilung

Ladenöffnungszeiten in der Metropolregion

21. Nov. 2006: Grüne Fraktion setzen sich für einheitliche Lösung ein



Mannheim. Bündnis 90/Die GRÜNEN im Verband Region Rhein-Neckar setzen sich bei den Öffnungszeiten im Einzelhandel für einen fairen Wettbewerb ein. Sie haben deshalb in die Verbandsversammlung einen Antrag auf einheitliche Öffnungszeiten in der Metropolregion Rhein-Neckar eingebracht.

"Die Länderparlamente in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen beschließen in den nächsten Wochen über

die künftigen Ladenöffnungszeiten. Es steht nun zu befürchten, dass es in den drei Bundesländern sowohl für die Werktage als auch für Sonn- und Feiertage zu unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen kommen wird.", äußert der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Verband Region Rhein-Neckar, Wolfgang Raufelder, Befürchtungen der GRÜNEN. "Wir haben deshalb einen Antrag in die Verbandsversammlung eingebracht, in dem die Verbandsverwaltung beauftragt wird, mit den beteiligten Akteuren ein für die Metropolregion Rhein-Neckar möglichst einheitliches Konzept für Ladenöffnungszeiten zu erarbeiten."

"Im Gebiet der Metropolregion Rhein-Neckar würden unterschiedliche Ladenöffnungszeiten zu einer unnötigen und belastenden Konkurrenz unter den Städten und Gemeinden führen. Es muss zudem das wirtschaftspolitische Bestreben in der Region sein, gerade kleinen, familiengeführten und mittelständischen Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen auch gegenüber großen Handelsketten und Einrichtungen bzw. Zentren auf der "grünen Wiese" zu ermöglichen. Die Region kann kein Interesse daran haben, dass unterschiedliche Ladenöffnungszeiten in unserem Verbandsraum zu weiteren Wettbewerbsverzerrungen führen.", begründet der stellvertretende Vorsitzende der GRÜNEN Verbandsfraktion und Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg, Uli Sckerl, das Vorgehen der GRÜNEN.

Für die GRÜNEN ist aus den genannten Gründen eine Initiative des Verbands sinnvoll. Wolfgang Raufelder: "Im Rahmen der durch die Länderparlamente geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten muss eine Abstimmung über Ladenöffnungszeiten mit den beteiligten Akteuren, den kommunalen Gebietskörperschaften, den Regierungspräsidien, Kammern, Handelsketten, Verbänden des Einzelhandels, Gewerkschaften und Kirchen herbeigeführt werden.(2.189 Zeichen)

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, erreichen Sie den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Raufelder unter 0170 - 960 4992.